

## Antrag

# A3NEU5 Aus christlicher Überzeugung für Demokratie und gegen rechten Extremismus und Populismus

Antragssteller\*innen: KjG

## Antragstext

### 1 Situationsbeschreibung

2 Extrem rechte und populistische Positionen und Handlungen kennzeichnet ihr Hass  
3 auf bestimmte Personengruppen und deren bewusste Ungleichbehandlung. Zu den  
4 betroffenen Gruppen gehören beispielsweise (aber nicht ausschließlich) Menschen  
5 mit internationaler Familiengeschichte, Frauen, queere Menschen, jüdische  
6 Menschen und Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen. Rechte  
7 Akteur\*innen aus besonders christlich geprägten Kulturräumen sind zudem häufig  
8 feindlich gegenüber Muslim\*innen eingestellt.

9 Bedrohlich ist zudem, dass die extreme Rechte gezielt versucht, demokratische  
10 Strukturen und Institutionen zu zerstören. Eine Strategie der neuen Rechten ist  
11 Positionen in Legislative, Exekutive und Judikative gezielt zu besetzen und  
12 dadurch extrem rechte und populistische Ideologien zu verbreiten. Dies schwächt  
13 fortlaufend unsere demokratischen Institutionen von innen. Dies beinhaltet unter  
14 anderem vermeintlich harmlose Demonstrationen, ebenso wie die Lähmung  
15 parlamentarischer Arbeit oder die Ablehnung des Rechtsstaates. **Sie** zeigt sich am  
16 deutlichsten in der Planung gewaltvoller Umstürze mit Anschlägen auf gewählte  
17 **politische** Vertretungen und **Gewalt gegen** marginalisierte Gruppen.

18 Besorgniserregend ist, dass diese Strategien Wirkung entfalten und sich im  
19 Erstarren faschistischer Kräfte in Europa und weltweit zeigen.  
20 Menschenfeindliche Positionen werden gesellschaftsfähiger..

### 21 Positionierung

22 Als **katholische** Jugendverbände stellen wir uns konsequent gegen extrem rechte  
23 und **rechtspopulistische** Positionen und Handlungen und setzen uns für eine  
24 vielfältige und demokratische Gesellschaft ein. Die Unterstützung von  
25 demokratischen Verfahren wie die Beteiligung an Wahlen ist für uns  
26 selbstverständlich.

27 Wir lehnen jede Art von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ab und fördern in  
28 unserer Arbeit explizit marginalisierte Gruppen. Wir positionieren uns klar  
29 gegen Demokratiefreundlichkeit und **Autoritarismus**. **Wir** bekennen uns zur Wahrung  
30 der Menschenrechte weltweit. **Um das zu gewährleisten, braucht es**  
31 **partizipatorische Prozesse und demokratische Kontrollmechanismen.**

32 Wir verstehen uns als antifaschistisch: Wir stehen für eine demokratische,  
33 gleichberechtigte und solidarische Gesellschaft und Kirche ein und wenden uns  
34 gegen jede Art der Ausgrenzung und Unterdrückung von Menschen. Diese  
35 Grundhaltung geht einher mit unserem christlichen Glauben, aus dem heraus wir  
36 alle Menschen als Gottes Ebenbilder betrachten, sowie mit unserer demokratischen  
37 Grundüberzeugung, die die gleichberechtigte Teilhabe aller sowie die  
38 unveräußerliche Würde des Menschen beinhaltet.

39 Zu dieser antifaschistischen Grundhaltung hat sich die Hauptversammlung 2022  
40 innerhalb des Grundsatzprogramms des BDKJ bekannt.

#### 41 **Konsequenzen für die Arbeit des BDKJ**

- 42 • **Position beziehen**

43 ***Wir beziehen öffentlich klar Position gegen rechtsextreme Übergriffe und***  
44 ***Gewalttaten***, solidarisieren uns mit den Betroffenen und setzen uns  
45 nachdrücklich für Aufklärung und Aufarbeitung ein. Wir nutzen unsere  
46 Kontakte, um auf die eindeutige Abgrenzung von rechten Akteur\*innen,  
47 ***insbesondere auch in den kirchlichen Strukturen***, hinzuwirken. Hierzu haben  
48 wir bereits Beschlüsse gefasst, die wir an dieser Stelle noch einmal  
49 bekräftigen.[\[1\]](#)

- 50 • **Bildungsarbeit**

51 ***Wir verstehen Jugendverbandsarbeit als zentrales, wertebasiertes***  
52 ***Bildungsangebot für junge Menschen. Politische Bildung ist für uns ein***  
53 ***zentraler Bestandteil einer funktionierenden Demokratie. Unsere***  
54 ***Bildungsangebote haben einen rassistuskritischen und feministischen***  
55 ***Anspruch. Junge Menschen lernen gesellschaftliche und kirchliche Normen zu***  
56 ***hinterfragen, selbstständig zu denken und werden gestaltender, mündiger***  
57 ***Teil einer demokratischen Gesellschaft.***

- 58 • **Vernetzung**

59 Um das Thema Antifaschismus in allen Jugend- und ***Diözesanverbänden*** weiter  
60 auszugestalten, schafft die BDKJ Bundesebene ein Vernetzungsangebot ***für***  
61 ***sie***, bei dem good practice Beispiele vorgestellt und durch die Expertise  
62 der anderen erweitert werden ***können***. Zudem vernetzt sich der BDKJ  
63 ***Bundeschvorstand*** mit anderen antifaschistischen Organisationen und  
64 Gruppierungen, um eine größere Schlagkraft zu entwickeln. Innerhalb dieser  
65 unterstützen wir Projekte, die unsere demokratische Gesellschaft  
66 unterstützen, z.B. die U18/ U16-Wahlen des DBJR.

- 67 • **Wir wählen! NICHT die AfD**

68 Mit der AfD ist eine rechtsextreme Partei einflussreich in der Politik  
69 vertreten. Für uns ist die Wahl oder Unterstützung dieser Partei nicht  
70 vereinbar mit unserer antifaschistischen Grundüberzeugung als katholische  
71 Jugendverbänder\*innen. Die Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Partei  
72 wie der AfD sowie in ihr nahestehenden oder anderen rechtsextremen  
73 Organisationen ist mit der Mitgliedschaft in unseren Verbänden

74 unvereinbar.

## 75 **Forderungen an die Politik**

76 Um unsere pluralistische und freiheitlich-demokratische Gesellschaft zu schützen  
77 und gegen Angriffe von rechts zu verteidigen, fordern wir von der Politik:

### 78 • **keine Finanzierung extrem rechter Parteien und Stiftungen**

79 Parteien und Stiftungen, die diskriminierende und demokratiefeindliche  
80 Grundüberzeugungen vertreten, dürfen nicht mit staatlichen Mitteln  
81 unterstützt werden. Das im Grundgesetz verankerte Prinzip der wehrhaften  
82 Demokratie muss umfassend genutzt werden, um unsere Demokratie gegen ihre  
83 Feind\*innen zu schützen. Wir fordern die demokratischen Parteien auf, sich  
84 dafür einzusetzen, die staatlichen Zuwendungen an extrem rechte Parteien  
85 und **deren nachgeordneten Organsationen sowie** Stiftungen zu begrenzen und  
86 einzustellen. Deshalb begrüßen wir das **Stiftungsfinanzierungsgesetz, das**  
87 die Förderung von politischen Stiftungen an die Verfassungstreue knüpft.

### 88 • **umfassende Aufarbeitung von strukturellem Rassismus und Polizeigewalt**

89 In mehreren wissenschaftlichen Arbeiten konnte nachgewiesen werden, dass  
90 in staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen struktureller  
91 Rassismus existiert. Dieser führt zu alltäglicher Diskriminierung, zum  
92 Beispiel von migrantisch gelesenen Menschen. Aus diesem Grund kommt es  
93 immer wieder auch zu gewaltsamen Übergriffen durch Polizist\*innen. Wir  
94 solidarisieren uns mit den Betroffenen von strukturellem Rassismus und  
95 Polizeigewalt. Wir fordern eine umfassende Aufarbeitung dieser Strukturen  
96 und Vorfälle.

### 97 • **konsequente Verfolgung rechter Übergriffe und Gewalttaten**

98 Mit großer Sorge nehmen wir die steigenden Zahlen extrem rechter  
99 Übergriffe und Gewalttaten wahr. Ihnen liegen unterschiedliche  
100 Motivationen zugrunde (Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit,  
101 Antifeminismus etc.). Die Vorfälle haben jedoch eine Gemeinsamkeit: Sie  
102 treffen Minderheiten, die wir als Gesellschaft besser schützen müssen. Wir  
103 fordern daher, diese Übergriffe und Gewalttaten, auch im Internet,  
104 konsequent zu verfolgen und ihnen präventiv entgegenzuwirken. Dazu gehört  
105 auch, sie nicht als Einzelfälle abzutun. **Dabei darf insbesondere Gewalt in**  
106 **und durch digitale Räume und deren Folgen nicht verharmlost werden.**<sup>2</sup>

### 107 • **Verstetigung der Finanzierung von Demokratieförderung und politischer** 108 **Bildung**

109 Es gibt viele gute zivilgesellschaftliche Projekte **und Initiativen** zur  
110 Demokratieförderung. Häufig stehen diese jedoch auf einer prekären  
111 finanziellen Grundlage und bekommen lediglich zeitlich befristete  
112 Projektfinanzierungen. Wir fordern, die Finanzierung dieser Projekte auf  
113 eine solide und langfristige Basis zu stellen. Dafür muss das von der  
114 Bundesregierung geplante Demokratiefördergesetz zügig beschlossen und  
115 umgesetzt werden. Auf eine „Extremismusklausel“, die die Projekte unter

Generalverdacht stellt, muss dabei verzichtet werden. ***Darüber hinaus fordern wir, dass Präventionsmaßnahmen die gegen extremistische Ideologien aufklären flächendeckend gefördert werden und politische Bildung in allen Schulformen fester Bestandteil der Lehrpläne sein muss.***

- **Zurückdrängen extrem rechter und rechtspopulistischer Positionen**

Extrem rechte und rechtspopulistische Positionen verbreiten sich zunehmend in der politischen Debatte. Beispiele dafür sind die Auseinandersetzung um die europäische Abschottungspolitik gegen Migrant\*innen oder Angriffe auf queere Lebenswelten. Wir fordern alle politischen Parteien auf, sich aktiv dafür einzusetzen, rechtsextreme und rechtspopulistische Positionen aus ihren eigenen Strukturen und aus der Politik insgesamt zurückzudrängen.

***Dazu gehört für uns, gemeinsam Haltung zu zeigen und auf rechtspopulistische (Wahlkampf-)Strategien zu verzichten.***

***Rechtspopulistische Aussagen, die zu Desinformation führen, dürfen nicht unwidersprochen stehen bleiben. Ein respektvoller und faktenbasierter Umgang mit demokratischen Mitbewerber\*innen muss gewahrt bleiben.***

- **Ende der Kriminalisierung von gewaltfrei agierenden Antifaschist\*innen**

Wir nehmen wahr, dass die Repressionen gegenüber gewaltfreiem, antifaschistischem Aktivismus durch staatliche Institutionen deutlich zunehmen. Dies trägt maßgeblich dazu bei, dass Menschen durch Einschüchterung daran gehindert werden, ihre antifaschistische Grundhaltung klar zu benennen und aktiv zu werden. Wir fordern ein Ende von Repressionen gegenüber gewaltfrei agierenden Aktivist\*innen und gegenüber deren Vernetzung. Es muss gefahrlose Möglichkeiten geben, weiterhin unsere Demokratie durch zivilgesellschaftliches Engagement zu schützen.

## **Forderungen an die katholische Kirche**

Als katholischer Jugendverband fordern wir von der katholischen Kirche:

- **Reform und Aufarbeitung**

Die Strukturen der katholischen Kirche weisen zahlreiche diskriminierende Bestandteile auf, insbesondere im Hinblick auf Frauen- und Queerfeindlichkeit, aber auch im Hinblick auf strukturellen Rassismus, Antisemitismus und Antijudaismus. Wir fordern die Verantwortlichen in der Kirche auf, gegen diese Strukturen vorzugehen und sie zu reformieren. Darüber hinaus muss bereits geschehenes Unrecht, auch aus dem Kontext der kolonialistischen Missionsarbeit, aufgearbeitet werden.

- **Stellung beziehen als moralische Instanz**

Die katholische Kirche hat als moralische Instanz einen großen Einfluss auf ihre Mitglieder und in die Gesellschaft und Politik hinein. Wir fordern die Verantwortlichen in der Kirche auf, aus der christlichen Überzeugung heraus immer wieder klar Stellung gegen die extreme Rechte zu beziehen.

158 • **Distanzierung von Demonstrationen und Veranstaltungen, bei denen extrem**  
159 **rechte Aktivist\*innen involviert sind**

160 Immer wieder nutzen extrem rechte Aktivist\*innen Demonstrationen und  
161 Veranstaltungen, um in weiteren gesellschaftlichen Kreisen anschlussfähig  
162 zu werden. Dies geschieht auch bei religiös motivierten Veranstaltungen,  
163 wie z.B. dem sogenannten „Marsch fürs Leben“. Wir fordern von den  
164 Verantwortlichen in der Kirche, sich klar von Demonstrationen und  
165 Veranstaltungen zu distanzieren, bei denen extrem rechte Aktivist\*innen  
166 beteiligt sind oder ohne Widerstand der Organisator\*innen teilnehmen  
167 können. Hier gilt es deutlich zu machen, dass der christliche Glaube nicht  
168 für die Verbreitung rechter Ideologie missbraucht werden darf.

169 • **Verbindungen zwischen fundamentalistischen Christ\*innen und der extremen**  
170 **Rechten benennen und bekämpfen**

171 In ihrem Kampf gegen unsere demokratische und pluralistische Gesellschaft  
172 und gegen liberale Christ\*innen bilden fundamentalistische Christ\*innen  
173 und Akteur\*innen der extremen Rechten häufig enge Allianzen. Einige  
174 Akteur\*innen sind Teil beider Milieus. Wir fordern von den  
175 Verantwortlichen in der Kirche, diese Problematik, neben Problemen mit  
176 fundamentalistischen Christ\*innen an sich, klar zu benennen, sich von den  
177 beteiligten Akteur\*innen zu distanzieren und sie nach Möglichkeit aus den  
178 kirchlichen Strukturen auszuschließen.

179 Wir setzen uns nachdrücklich **ein** für eine Gesellschaft und für eine Kirche **ein**,  
180 **die** frei von Diskriminierung sind. Wir kämpfen gegen rechte Ideologien und  
181 Handlungen. Wir sind antifaschistisch.

182 [\[1\]"Wir widersprechen, weil wir glauben!"](#) - Beschluss der BDKJ-  
183 Hauptversammlungen 2016 und 2020

184 [\[2\] „Digitale Teilhabegerechtigkeit für junge Menschen“](#) - **Beschluss des BDKJ-**  
185 **Hauptausschusses 2024**

## **Begründung**

Extreme und populistische rechte Positionen und Haltungen haben in den letzten Jahren gesellschaftlich an Einfluss gewonnen. Die Aggressivität und Selbstverständlichkeit, mit der sie geäußert und verbreitet werden, hat stark zugenommen. Immer wieder folgen aus den Einstellungen auch Gewalttaten.

Die Hauptversammlung 2022 hat entschieden, Antifaschismus in ihr Grundsatzprogramm aufzunehmen. Die grundlegende Haltung und daraus folgende Konsequenzen, innerverbandlich und in der Lobbyarbeit, sollen mit diesem Antrag festgeschrieben werden.